

Protokoll - 4. Jenaer Runder Tisch für Demokratie 2025

Datum: 06.10.2025, 17:00-19:00 Uhr, Historisches Rathaus

Moderation: Berater*innenkreis (BK)

1. Eröffnung und Organisatorisches

- Begrüßung und Eröffnung zum 4. RT 2025
- Verweis auf Ausschlussklausel und Hinweis, dass keine Aufnahmen erlaubt sind (Hinweise hierzu am Eingang ausgelegt)
- Bestätigung Protokoll vom 09.05.2025 (wurde per Mail verschickt und auf der Seite von KoKont zu finden)
- Verabschiedung Tagesordnung
- Hinweis aus aktuellem Anlass: am 26.09. wurde der Jenaer Preis für Zivilcourage an Shujaa Al-Mohamad aus Jena vergeben -> für sein engagiertes Eingreifen als drei Männer aus offensichtlich rassistischer Motivation einen Mann angriffen und schwerverletzten
- Zahlreiche neue Personen anwesend -> Kurze Vorstellungsrunde
- Als Vertretung für den OB heute Dezernentin für Soziales (SD) Kathleen Lützkendorf anwesend
- Für die Stadtverwaltung außerdem Frau Wolf

2. Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungslosenunterkünften

2.1. Bericht

- Kontext: es werden/wurden Geflüchtete in Wohnungslosenunterkünften untergebracht, wenn sie die GU verlassen müssen -> schwierige Bedingungen bis hin zu Übergriffen, wie ein Vorfall gezeigt hat
<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/jena/messerattacke-obdachlosenheim-polizei-102.html>
- Vertreterin von ezra (Franzie) fällt leider krankheitsbedingt aus, wollte den konkreten Fall vorstellen und einordnen
- Kurze Einordnung daher durch Moderation:

es gab einen Vorfall innerhalb einer GU, daraufhin musste eine Person die Einrichtung verlassen und kam in eine Unterkunft für Wohnungslose und wurde dort von einem Mitbewohner rassistisch beleidigt und mit einem Messer angegriffen -> schwer verletzt

2.2. Diskussion

- Wann und wieso müssen Menschen die GU verlassen?
- Ab wann Unterbringung in Unterkünften für Wohnungslose?

Frau Wolf: nur Menschen, die bereits einen Aufenthaltstitel haben, wenn Menschen mit Anerkennung länger in GU bleiben -> dann wird geprüft, ob sie weiter dort unterkommen können -> möglicherweise halbes Jahr oder länger in GU, aber Bedarf nach Unterbringung vorrangig für Menschen mit laufendem Verfahren, aber immer fallabhängig und es wird nach vertretbaren Möglichkeiten geschaut

Plenum: Unterkünfte sind schwer zu finden, Wohnungsmarkt gerade mit Blick auf Soziales Wohnen großes Defizit

SD: Stadt Jena hat keine eigenen Wohnungen, nur eigene Gesellschaft (jenawohnen), aber mit den großen Wohnungsgesellschaften gab es Gespräche, um die Situation zu verbessern, außerdem Wohnstadtmonitoring als Programm, um ebenfalls effizienter zu arbeiten (mit Blick auf bezahlbarem Wohnraum)

➔ Hinweis: Es gibt die Möglichkeit, Unterstützung bei der Bezahlung der Genossenschaftsanteile zu erhalten.

Plenum: neue Studie zu Rassismus auf dem Wohnungsmarkt -> wird das seitens der Kommune berücksichtigt? Wie wird damit umgegangen, dass bspw. bei jenawohnen Sprachbarrieren zu Abbrüchen von Terminen bei der Wohnungssuche kommen?

Antwort -> jenawohnen dazu befragen

Frau Wolf: Druck seitens des Landes Menschen aus der EA aufzunehmen, daher müssen Menschen aus der GU mit entsprechendem Status ggf. aus den GUs weichen,

Land zahlt 40€ pro Mensch -> reicht nicht aus, daher Stadt bringt großen Teil auf für eine bessere Unterbringung, Zuschussbedarf für das Jahr 2023 1,4 Mio€

Plenum: wie viel wurde pro Kopf mehr ausgegeben?

Anm.: Migrationsbericht der Stadt Jena:

https://rathaus.jena.de/system/files/2023-11/Jena_Migrationsbericht%20final.pdf

SD: Migrationspapier liegt vor, gute Ausgangslage an Wissen, wichtig ist ordentliches Beschwerdemanagement mit konkreter Benennung von Ereignissen,

Anmerkung: auch jenawohnen mit Fragenkatalog konfrontieren -> welche Maßnahmen werden ergriffen?

Christina Prothmann – Beirätin jenawohnen: tragen die Fragen an jenawohnen über den Austausch im Beirat heran und bringen das Thema zurück an den Runden Tisch

Plenum: Engagierte haben hier in dem konkreten Fall die betroffene Person bei der Wohnungssuche begleitet, aber es gibt enorme Hürden -> daher drei Jahre erfolglos

- Wie ist der Stand bzgl. der Betreuung der Menschen in den Unterkünften?

Frau Wolf: in Erfurter Straße sind 100 Personen -> ein*e Sozialarbeiter*in pro 100 Personen ist der ungefähre Schlüssel (über dem, was eigentlich bezuschusst wird), sozialer Wohnungsbau -> Erlenhöfe als Vorzeigeprojekt

SD: Förderung des Sozialbaus aktuell eher mit Schwerpunkt ländlicher Raum seitens des Landes/Bundes

Anm.:

- ➔ Zahlen zum aktuellen Stand bei den sozialen Wohnungen wird nachgeliefert

SD: Probleme sind bekannt -> fehlender Wohnraum

Plenum: gemeinsame Unterbringung von Menschen mit unterschiedlichen Problemlagen und Hintergründen hat enormes Konfliktpotenzial

SD und Frau Wolf: aktuell wird in Jena kein Mensch bei der Suche nach einer Notunterkunft abgelehnt

- ➔ Sozialausschuss im Juni: Unterbringung von Wohnungslosen war Thema

Anm.: Sachbericht zum Entwicklungsstand der Wohnungsnotfallhilfe der Stadt Jena

https://familie-jugend-soziales.jena.de/system/files/2025-07/Sachbericht_Wohnungsnotfallhilfe_2025.pdf

Plenum: von Gewalt betroffene Personen werden dann in einer anderen Unterkunft untergebracht, Sozialarbeiter*innen nehmen Kontakt auf zu Menschen, die betroffen sind und zu Menschen, die anwesend waren

Plenum: Fall von der Unterkunft Am Steiger -> Person ist aus GU geflogen, kam am Steiger unter -> Person wollte in das Zimmer der Person kommen, dies wurde abgeblockt und daraufhin wurde sie von der Person angegriffen und schwerverletzt, und am WE war keine Betreuung in der Unterkunft anwesend (keine Sozialarbeiter*in und kein Sicherheitspersonal (?)); Person sollte aus dem Krankenhaus wieder am Steiger unterkommen -> kam dann aber solidarisch unter, nach langer Zeit kam er in neuer Wohnungslosenunterkunft unter, aber es gibt offensichtlich bei jenawohnen eine Sperrliste zu Personen (?)

Christina Prothmann: hake bei jenawohnen nach, was es mit dieser Liste auf sich hat

Frau Wolf: geben keine Infos an Wohnungsgesellschaften über Menschen weiter

Christina Prothmann: es gibt Flyer mit Infos zu Seelsorge und Umgang mit Notfallnummern, diese sollten an allen Unterkünften bereitliegen

Frau Wolf: als Folge des Vorfalls -> Stadtrat hat 24h Sicherheitsdienst auch am WE und an Feiertagen in Wohnungslosenunterkünften zugestimmt

SD: in Bezug auf Vorfall in der Erfurter Straße wird es ein Nachgespräch mit Polizei geben, da keine Notfallseelsorge und auch nicht die Stadtverwaltung verständigt wurden

Plenum: am Steiger gibt es eine Garage. Wurden dort Leute untergebracht? Es ist nicht zumutbar, dass geflüchtete Menschen in Unterkünften für Wohnungslose untergebracht werden!

Frau Wolfer: Menschen mit Hund oder solche, die sichtlich alkoholisiert sind, werden in dieser Garage untergebracht.

SD: wir versuchen so viel Unterstützung zu leisten, wie es geht -> auch Unterbringung von queeren Menschen gibt es in anderen Kommunen nicht, das Unterbringungskonzept für Wohnungslose ist deutlich verbessert (siehe Bericht weiter oben)

Frau Wolf zu den aktuellen Zahlen: 27 Personen am Steiger, Übergangwohnheim „Gustl“ 24, Theobald-Renner-Straße 60

Übergang:

können heute nicht alle Themen zu Ende diskutieren und werden als Berater*innen-Kreis überlegen, wie wir die Themen weiterverfolgen und aufgreifen können -> vielleicht ist es sinnvoll in Arbeitsgruppen zu den Themen zu arbeiten

3. Offener Brief Lobeda Solidarisch

3.1 Vorstellung (zwei Vertreter*innen der Stadtteilgewerkschaft und eine Person aus der GU in Lobeda anwesend -> Lobeda Solidarisch = LOS)

- Kontext:
 - 9. August wurde ein Offener Brief von Bewohnenden der GU „Matthias-Domaschk-Str. 2 und der Stadtteilgewerkschaft „Lobeda Solidarisch“ veröffentlicht
 - (Hintergründe waren u.a.: schlechte Zustände, autoritäre Security und Gängelung durch diese, Nicht-Beachtung von Diät-Kost, Sprachbarrieren mit Sozialarbeiter*innen, Zimmerdurchsuchungen und Taschenkontrollen, etc.)
 - Inhalte des Offenen Briefs werden kurz durch Vertreter*innen von LOS (Lobeda solidarisch) vorgestellt,
 - Offener Brief: <https://lobeda-solidarisch.de/aktuelles/offener-brief-von-bewohnerinnen-einer-gemeinschaftsunterkunft-lobeda-west-an-den-stadtrat/>
 - Anm.: einige Exemplare des offenen Briefs liegen aus

3.2 Diskussion

- Schilderung Vorfälle durch einen Bewohner
 - > Bewohner*innen müssen für Essen bezahlen, obwohl sie nicht alles essen können, es werden durch die Securitys Taschen kontrolliert

-> Familie mit vier Kinder -> Kinder sind entsprechend lebhaft und in Unterkunft leben viele kranke und pflegebedürftige Personen, das passt nicht zusammen

-> es gibt einen Kühlschrank für Medikamente, in einem Raum der abgeschlossen ist, daher nicht immer Zugang und nicht geklärt, wer alles Zugriff hat

Zum Schluss noch Anmerkung der Person: ist dankbar, hier zu sein, aber kann nicht mehr zurück

-> was passiert nach Ablauf der aktuellen gesetzlichen Aufenthaltsregelungen?

SD: wäre gut gewesen, direkt auf die Stadt und zuständige Personen zuzugehen -> aber Offener Brief hat in der Öffentlichkeit insbesondere medial ganz viel negatives Echo verursacht.

Frau Wolf: es wurde ein Kinderzimmer zur Betreuung für die Kinder eingerichtet -> auch auf Eltern wurde zugegangen; Kühlschränke können nicht immer zugänglich sein

Plenum: gibt es Möglichkeit einen eigenen Kühlschrank zu haben?

Frau Wolf: ja, aber nur unter Zusicherung, dass dort nur Medikamente aufbewahrt werden; Regelung des Essens: es wird in einem Pflegeheim eine Essensversorgung gesichert, aber kein selbständiges Kochen möglich -> Vorgabe!

Plenum: Arzt soll attestieren, was er für Kost benötigt und das wird an Küche gemeldet

LOS: kann nochmal bzgl. Qualität des Essens nachgehakt werden?

SD: stehen im Austausch mit Sozialarbeiter*in und den Dienstleistern vor Ort

LOS: vielleicht ist der Wunsch auch, ein Stück weit autonomer zu werden bzgl. des Essens

SD: gibt keine Möglichkeit vor Ort zu kochen -> daran wird sich auch nichts ändern

Frau Wolf: Betreiber hat mit Stadt einen Vertrag über ein Jahr -> Betreiber war nicht erfreut über Brief -> Verlängerung der Vereinbarung mit der Stadt zur Unterbringung steht daher (erstmalig) zur Debatte

Irynia Martyniuk -> Vorstand JenaUA und Migrationsbeirat: Brief hat nicht geholfen, hat fatale Außenwirkung gehabt, zahlreiche Anfragen zu den Bedingungen und den Klagen der ukrainischen Bewohner*innen, das Einzige was hilft -> ist Anerkennung -> und Schutz vor Diskriminierung, es muss auch offen mit den Menschen in den Einrichtungen gesprochen werden, was möglich ist

BK: in Zukunft vielleicht die ukrainische Gemeinschaft und Vereine mit einbeziehen

LOS: haben den Brief nicht selbst verfasst, sondern Inhalte ging von betroffenen Menschen aus, für uns nochmal wichtig zu wissen, was dürfen Securitys vor Ort und was ist deeskalierender Umgang;

SD und MIB: es soll weitere Treffen zu den Zuständen und den Bedarfen in der GU geben

➔ für Zukunft sollte sich die Arbeit mit der Öffentlichkeit sensibler gestalten, sonst wenden sich Themen gegen uns

Plenum: Was ist der Plan B wenn der Vertrag nicht verlängert wird?

Frau Wolf: es gibt keinen Plan B

SD: gab bisher keine Anzeichen, dass der Vertrag nicht verlängert wird

BK: fragen in Zukunft nochmal nach, wie es weitergeht (im Januar wird über Verlängerung des Vertrags entschieden)

4. Vorfall in der GU Erfurter Straße und der Umgang damit

-> Punkt wird auf den 03.11. verschoben!

5. Sonstiges

- Stand Stadtprogramm: am 01.10. im Hauptausschuss vorgestellt als BV, soll im Stadtrat beschlossen werden
- Veranstaltungshinweise:
- 07.10.: 19:00 Faulloch – Gedenkveranstaltung zum Jahrestag des Terrorangriffs der Hamas auf Israel
- 18.10. Gedenktag Oper rechter Gewalt in Erfurt
- 03.11.: nächste Sitzung des Runden Tisches -> Themen Stadtprogramm und Antisemitismus
- 03.11.: 50. Treffen des Welcome-Netzwerks um 19:00 Rathausdiele
- 04.11.: VA zum NSU-Komplex (Infos siehe Website IDZ und KoKont)
- 15.11.: Exkursion zum NSU-Dokuzentrum (Infos siehe Website KoKont)

Weitere VA-Hinweise aus dem Plenum?

- 22.11. Beirat MIB -> Event zu Migrationsvereinen
- 20.11.: Trans* Day of Remembrance
- Ende November Lesung mit Gamze Kubaşık und Semiya Şimşe (konkrete Infos folgen)

*Der Runde Tisch ist offen für alle interessierten Jenaer*innen mit folgender Ausnahme: Personen, die antidemokratischen und rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, die der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung traten. Die Veranstaltenden behalten sich vor, diese von der Sitzung auszuschließen.*

Koordinierungsstelle im Jenaer
Stadtprogramm gegen Fremden-
feindlichkeit, Rechtsextremismus,
Antisemitismus und Intoleranz;
Kontaktbüro des Runden Tisches
für Demokratie

Ein Projekt in Trägerschaft
des Bildungswerk BLITZ e.V.

Spendenkonto
Volksbank Saaletal e. G.
Bildungswerk BLITZ e.V.
IBAN: DE34 8309 4454 0042 6070 02
BIC: GENODEF1RUJ

KoKont Jena
Max-Steenbeck-Str. 46
07745 Jena

Telefon 03641 – 236 606
Fax 03641 – 236 607
Email buero@kokont-jena.de
Web www.kokont-jena.de